

Hilfsbereitschaft wird grossgeschrieben

Sissach | Bäuerinnen und Landfrauen luden zur Generalversammlung



Der Vereinsvorstand mit Präsidentin Evelyne Gasser (Fünfte von rechts) sowie Sandra Zimmermann (rechts) als neuem Vorstandsmitglied.

Bild Elmar Gächter

Die grosse Solidarität innerhalb des Bäuerinnen- und Landfrauenvereins zeigte sich an seiner Generalversammlung. Dies nicht zuletzt auch bei der klaren Zustimmung zum markant höheren Mitgliederbeitrag.

Elmar Gächter

Evelyne Gasser konnte an ihrer zweiten Generalversammlung als Vereinspräsidentin der Bäuerinnen und Landfrauen rund 90 Frauen in der schön geschmückten Aula des Ebenrain-Zentrums begrüßen. Ihr Bericht zum Vereinsjahr 2023, mit Fotografien und Kurzfilmen untermauert, zeigte einmal mehr das grosse Engagement der Bäuerinnen und Landfrauen beider Basel – sowohl für landwirtschaftliche Belange als auch für die Gesellschaft, unter anderem für eine gesunde Ernährung.

Und bereits sind zwei grössere Projekte in der Pipeline. So will der Vorstand die hauswirtschaftliche Bildung, die in der Schule immer mehr

gekürzt werde, thematisieren sowie zusammen mit dem Ebenrain die Aspekte Hofübergabe und Generationenkonflikte auf dem Bauernhof angehen.

Bei den übrigen statutarischen Geschäften standen vor allem die Ersatzwahl in den Vorstand und die Erhöhung des Mitgliederbeitrags im Fokus. Einen besonderen Einblick hinter die Kulissen ihrer Teilnahme an der «Landfrauenküche» gab Agnes Hügli, die Siegerin der letztjährigen Austragung.

Lohnerhöhung gutgeheissen

Die Landfrauenhilfe des Vereins, die für saisonale Arbeiten oder längerfristig für wiederkehrende Aufgaben beansprucht werden kann, wird laufend mehr nachgefragt. So hat sich die Einsatzzeit der Mitarbeitenden gegenüber 2019 auf beinahe 1800 Stunden verdoppelt. Heute ist sie laut ihrer Leiterin Beatrice Buess auch im Fricktal tätig, da der aargauische Schwesternverein nicht über das notwendige Personal verfügt. Das Dienstleistungsangebot kam an der Generalversammlung speziell zur Sprache, weil der Vor-

stand eine Erhöhung des Mitgliederbeitrags beantragte.

War die letztjährige Vereinsrechnung vor allem auch wegen der Landfrauenhilfe noch positiv, drohen ab diesem Jahr rote Zahlen. 2023 hat der Verein beschlossen, den Stundenlohn der Angestellten von 25 auf 30 Franken zu erhöhen. «Eine angemessene Entlohnung und Wertschätzung dieser Arbeit liegt uns allen sehr am Herzen. Auch möchten wir als Arbeitgeberin attraktiv bleiben», hielt Finanzchefin Carol Schweizer fest. Nach einer kurzen Diskussion, bei der aus der Versammlung sehr positive Worte zur Leistung der Landfrauenhilfe zu vernehmen waren, insbesondere zum

nach wie vor sehr bescheidenen Tarif von 19 Franken pro Stunde für Vereinsmitglieder, stimmten die Anwesenden der Erhöhung des Mitgliederbeitrags von 30 auf 50 Franken ab 2025 oppositionslos zu.

Agnes Hügli, die bei der letzten Ausmarchung der «Landfrauenküche» als Siegerin hervorgegangen war, gab verschiedene Reminiszenzen ihrer Teilnahme zum Besten. Sie sprach von einem Riesenerlebnis für sie und ihre Tochter Anja, die ebenfalls an der Versammlung anwesend war. Die präsentierten Fotos, die sie aus rund 2000 Aufnahmen, die ihr von verschiedenster Seite zugetragen wurden, ausgewählt hat, sorgten für vielfaches Schmunzeln.

Sandra Zimmermann neu im Vorstand

emg. Rahel Sprunger vom Hofgut Wildenstein in Bubendorf hat sich entschieden, nach neun Jahren Vorstandstätigkeit und Leiterin des Kreises Arlesheim-Liestal zurückzutreten. Als Liebhaberin von Hühnern wurde sie mit einem besonderen Geschenk, ein paar «Bippeli», humorvoll verabschiedet. An ihrer Stelle wählte die Versammlung mit grosser Akklamation die 30-jährige Sandra Zimmermann in den zehnköpfigen Vorstand.

Sie ist gelernte Landschaftsgärtnerin und arbeitet nach wie vor in ihrem Lehrberuf. Sie wohnt mit ihrem Lebenspartner in Liestal, ist auch in der Freizeit im Garten und in der Natur anzutreffen und engagiert sich immer wieder gerne in Organisationskomitees für Schwing- und andere Feste. Als neues Vorstandsmitglied wird sie wie ihre Vorgängerin den Kreis Arlesheim-Liestal leiten.

So auch das Bild, das sie an einem Samstagmorgen zusammen mit ihrem Hofhund auf einer Sitzbank zeigt. «Die Redaktorin der Sendung bat mich an diesem Morgen, etwas zu tun, was ich gerne mache. Eine meiner Lieblingsbeschäftigungen, das Spazieren mit dem Hund, gehört an solchen Tagen neben der Arbeit allerdings nicht dazu. Prompt sprach mich ein Landwirt, der mich unterwegs gesehen hat, ein paar Tage später an und meinte: «Ich habe gedacht, das ist doch nicht normal, dass man dich an einem Samstagmorgen auf dem Spaziergang mit dem Hund antrifft.»

Wichtig war für Agnes Hügli von Anfang an, ihre Tochter Anja mit dabei zu haben. Die Zeit, als die Crew auf ihrem Hof gefilmt habe, bezeichnete sie als kurzweilig und weitgehend stressfrei. Druck habe sie erst vor der finalen Sendung gespürt, nachdem sie viele tolle Briefe erhalten habe und manche Schreibende sie bereits als Siegerin gesehen hätten.

Gabi Schürch-Wyss überbrachte als Vizepräsidentin die Grüsse des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbands und gab einen Überblick über die aktuellen grösseren Geschäfte der Organisation. Sie gratulierte Agnes Hügli zum Erfolg in der «Landfrauenküche» und lobte den Vorstand für den «frischen» Auftritt im neuen Magazin und auf der Internetseite. Sie motivierte die Teilnehmerinnen zudem, sich für ein Nein gegen die Biodiversitätsinitiative einzusetzen, über die im September abgestimmt wird. «Es wird eine grosse Herausforderung, das Stimmvolk und vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten zu überzeugen, dass dies der falsche Weg ist, so wichtige Anliegen vorzubringen», hielt sie fest.

MEINUNG

4 Gaunerwörter in der EU-Debatte

«Wenn Wörter ihre Bedeutung verlieren, verlieren Völker ihre Freiheit», sagte einst der weise Konfuzius. Genau dies passiert gegenwärtig in der Schweiz bei den Verhandlungen um ein neues Rahmenabkommen mit der EU. In der Sprache der Gauner versuchen Bundesräte, Diplomatie und Medien, die Öffentlichkeit mit falschen Begriffen zu täuschen und zu willfährigen Kopfnickern zu machen.

«Bilaterale III»

Weil das Wort «bilateral» in der Schweiz einen guten Klang hat und der bilaterale Weg von den Stimmbürgern verschiedentlich bekräftigt worden ist, nennen nun «Economiesuisse» und andere Wirtschaftsverbände das neue institutionelle Abkommen «Bilaterale III». In Wahrheit macht die EU seit 2008 unmissverständlich klar, dass der bilaterale Weg – von Gleich zu Gleich und auf Augenhöhe – zu Ende sei.

Beim neuen Vertragspaket handelt es sich im Gegenzug zu den Bilateralen I

und II um ein institutionelles Abkommen mit automatischer Rechtsübernahme, womit die EU in der Schweiz zum Gesetzgeber würde. Auch hätte mit dem EU-Gericht die Instanz der Gegenpartei im Streitfall das letzte Wort, und bei «falschen» Entscheiden des Schweizer Souveräns dürfte die EU Strafmassnahmen erlassen. Eine Guillotine-Klausel sorgt dafür, dass beim Wegfall eines Vertrags – etwa der misslichen Personenfreizügigkeit – auch die übrigen Verträge des Pakets dahinfallen.

«Marktzugang»

Das neue Anbindungsabkommen sei nötig für den Marktzugang, behauptet Bundespräsidentin Viola Amherd dreist. In Wahrheit hat die Schweiz seit dem Freihandelsabkommen von 1972 Zugang zum gesamten EU-Binnenmarkt. Wo noch immer Hürden bestehen könnten, verbieten diese die Welthandelsorganisation WTO. Die Schweiz ist Teilnehmerin am EU-

Binnenmarkt, nicht aber Mitglied dieses Markts.

Die EU exportiert Waren für 20 Milliarden Franken mehr in die Schweiz, als die Schweiz umgekehrt aus der EU importierte – und dennoch soll unser Land regelmässig Milliarden an «Zutrittsgebühren» bezahlen. Neben jenem mit der EU hat die Schweiz mehr als 30 andere Freihandelsabkommen mit mehr als 40 Partnern abgeschlossen, etwa mit China. Verlangt die Schweizer Politik oder China deswegen, dass wir chinesisches Recht übernehmen?

«Rechtssicherheit»

Das neue institutionelle Abkommen mit der EU erhöhe für die Schweiz die Rechtssicherheit, wird allenthalben behauptet. Wahr ist das Gegenteil: Wenn die EU ihre Gesetze jederzeit ändern kann und die Schweiz diese Änderungen automatisch übernehmen muss, ist Schluss mit jeder Rechtssicherheit.

Wir wären dann den intransparenten Entscheidungswegen der Brüsseler Eliten gänzlich ausgeliefert. Rechtssicherheit bieten einzig bilaterale, also zweiseitige Verträge unter Gleichberechtigten. Auch diese bringen nie nur Vorteile oder nur Nachteile für die eine oder andere Seite. Aber sie gelten so lange und bieten Rechtssicherheit, bis eine Seite sie kündigt und sie neu ausgehandelt werden müssen.

«Friedensprojekt EU»

Zwar wurde die Europäische Union auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs gegründet, um einen solchen Höllensturz künftig zu verhindern. Dennoch ist die Vorstellung falsch, es brauche die Brüsseler Bürokratie, damit die europäischen Völker nicht wie Kettenhunde blutig übereinander herfallen. In Wahrheit gab es in der Weltgeschichte kaum je Kriege zwischen Demokratien. Entscheidend für den Frieden also ist die Staatsform der Demokratie.

Überdies war die EU noch nie so nahe daran, selber Kriege zu führen, wie heute. Deutschland überlegt sich die Lieferung von weit reichenden zerstörerischen Flugkörpern an die Ukraine. Frankreich erwägt, Fusstruppen an die Front zu schicken. Und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verlangt die Aufnahme der Krieg führenden Ukraine in die EU. Wenn die Europäische Union irgendwann kein Friedensprojekt mehr war, dann jetzt. Und wenn die neutrale Schweiz irgendwann keinen Grund mehr hatte, sich an diese EU auf Gedeih und Verderb anzudocken, dann jetzt. «Eidgenossen, hütet euch am Morgarten!», hiess es 1315. Gilt diese Devise zum Besten unseres Landes auch 2024 noch?

Andi Trüssel, SVP-Landrat, Frenkendorf

Dieser Meinungsbeitrag ist eine Replik auf das Interview mit Martin Dätwyler «Der bilaterale Weg ist ein Glücksfall und keine Selbstverständlichkeit» in der «Volksstimme» vom 13. Februar 2024.